Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 14

Artikel: Der Kolchosebauer im kommunistischen System (III) : vom Landwirt zum Landarbeiter

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076763

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Kolchosbauer im kommunistischen System (III)

Vom Landwirt zum Landarbeiter

Vom staatlich kontrollierten Genossenschaftsbauern zum staatlichen Landarbeiter, das ist der Weg des Kolchosmitglieds im kommunistischen System. Die neueste sowjetische Reorganisation der Landwirtschaftsverwaltung vom Frühling dieses Jahres hat einen neuen zentralistischen Bürokratieapparat geschaffen, der die Illusion der genossenschaftlichen Selbstverwaltung nach einer vorübergehenden Dezentralisierungsperiode wiederum beseitigt. Weniger formell aber mindestens so eindeutig ist die gesellschaftliche Entwicklung innerhalb der Kolchosen. Von den beiden anerkannten Klassen eines kommunistischen Staates, der Arbeiter und Bauern, bleibt bald nur die erste übrig, wenn es nach dem Parteiwillen geht.

Von der allerdings sehr wichtigen Nebenwirtschaft (KB Nr. 12) abgesehen zeigt sich diese Entwicklung schon in der

Arbeitsorganisation

des Kolchosbauern. Die LPG-Mitglieder sind in ständige Arbeitsbrigaden aufgeteilt, die spezialisiert sind und somit nur einen Ausschnitt der gesamten bäuerlichen Tätigkeit umfassen. Dominierend ist die Zweiteilung in Feldbrigaden und Viehzuchtbrigaden, wobei die ersteren auf mindestens einem Jahr, die letzteren auf wenigstens drei Jahren zusammengestellt werden. Weitere Differenzierungen ergeben sich je nach der besonderen Situation eines Kollektivs, wobei auch ganze Kolchosen ausschliesslich auf einen bestimmten Produktionszweig ausgerichtet sein können. Der Bauer ist schon seinem Tätigkeitsgebiet nach häufig genug ein landwirtschaftlicher Spezialarbeiter. Er beschäftigt sich dann beispielsweise nur mit dem Anbau von Zuckerrüben, nur mit der Aufzucht von Kühen usw.

Daneben kennt man allerdings in der Sowjetunion auch die sogenannten «Komplettbrigaden», die nicht in Hinsicht auf Produktionsgruppen, sondern auf territorialer Basis organisiert sind. Sie stellen sogar eine neuere Entwicklung dar und hängen mit der Zusammenlegung von kleinen Kolchosen in Riesenbetriebe (siehe letzte Nummer) zusammen. Die alten Kolchosen bestehen dann ihrer Struktur nach weiter, nur eben als «Komplettbrigaden». In den noch bestehenden kleinen LPGs ist die Spezialisierung der Arbeit naturgemäss weniger ausgesprochen.

Alle Brigaden unterstehen einem Brigadeleiter, der nach der Leistung seiner Gruppe entlöhnt wird und somit an der Mehrproduktion interessiert ist.

Die zu erbringende Leistung wird nach bestimmten Normen in den sogenannten «Tagewerken», den Arbeitseinheiten für einen Tag festgelegt. Berücksichtigt werden nach komplizierten bürokratischen Regeln sowohl Quantität als auch Qualität der Arbeit. Grundlegend sind die von der Regierung erlassenen Musternormen, die den Gegebenheiten der einzelnen Landesteile, dann der einzelnen Regionen und schliesslich denen der einzelnen Kollektive angepasst werden. Diese Leistungseinheiten werden jährlich überprüft und den Umständen entsprechend (Automatisierung, Elektrifizierung, überhaupt Erhöhung der Arbeitsproduktivität) auf den neuesten Stand gebracht. In diesem Rahmen haben die Kolchosen ihrer Ablieferungspflicht von Produkten gegenüber dem Staat nachzukommen, das heisst, sie müssen zu festgelegten (je nach Preiszonen schwankenden) Preisen ihr Plansoll am Erträgnis verkaufen. Für den einzelnen Kolchosbauern dient das Tagewerk insbesondere auch dazu, den auf ihn entfallenden Teil des Reingewinns (nach allen Abzügen in kollektive oder staatliche Fonds) zu bestimmen.

Die Arbeitsdisziplin wird mit strengen Massnahmen aufrechterhalten. Neben dem moralischen Druck, der vor allem auf öffentliche Blossstellung der «Faulenzer» beruht, kennt man seit 1956 auch die «gesellschaftlichen Strafen» durch die Kameradschaftsgerichte. Solche Strafen sind: Verkleinerung oder Entzug der Nebenwirtschaft, Busse, Mehrarbeit für das Kollektiv. Die «Dorfversammlungen» oder «Staatsbürgerversammlungen», eine Art ausgeweiteter Kameradschaftsgerichte, sind sogar ermächtigt, Deportation auf fünf Jahre zu verhängen.

Dorfkönige

Die Kolchossiedlungen werden von einer kleinen Gruppe von Dorfkönigen beherrscht. Den Kern bilden der Präsident des Dorfsowjets, der Chef der örtlichen Polizei, vor allem aber der Parteisekretär, der die eigentliche Schlüsselstellung innehat. Die Willkürherrschaft der Dorfgewaltigen kann stark ausgeprägte Formen annehmen, da sich die persönliche Macht einzelner Tyrannen in den kleineren Gemeinschaften auf dem Land viel leichter auswirken kann als in der Stadt. Sehr oft vereinigt sich auch Despotie mit fachlicher Inkompetenz, da die Parteisekretäre häufig aus städtischen Verhältnissen kommen und mit der dialektischen Klinge bedeutend besser umzugehen verstehen als mit der Sense. Wenn ihre Unfähigkeit zu evident wird, werden sie von höherer Stelle aus versetzt, das heisst, sie führen ihre Misswirtschaft an einem andern Ort weiter. So wechseln mancherorts die ungenügenden Kolchosleiter mit schlechten Kolchosleitern in einem mehr oder weniger regelmässigen Zweijahresturnus ab.

Aber noch etwas anderes erschwert den Kolchosbauern das Leben: die «gesellschaftliche Arbeit». Am Unterhalt der Strassen, an der Instandhaltung von Sportplätzen, am Bau von Schulen, Kulturheimen und Klubs muss das LPG-Mitglied mitwirken, und zwar ohne Bezahlung.

Das Einkommen der Kolchosen

In der Theorie besteht ein Hauptunterschied zwischen den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) und den Staatsgütern darin, dass die Kolchoserzeugnisse auch Kolchoseigentum bilden, während die Sowchosproduktion Staatseigentum darstellt. In Wirklichkeit kann der Kolchos mit seinem Ertrag keineswegs machen was er will. Bis 1958 bestand eine direkte Ablieferungspflicht dem Staat gegenüber. Seither geht der staatliche Ankauf mittelbar durch besondere Einkaufsgenossenschaften vor sich, die mit den einzelnen Kolchosen sogenannte «Kontraktionsverträge» schliessen. Seit einem Jahr müsste (wird aber praktisch nicht) auch die Mehrproduktion der Kollektivbetriebe und der Nebenwirtschaften auf diesem Weg verkauft werden.

Der Staat regiert

Dieser Einbezug in die Planwirtschaft ist aber nur eine Komponente der Abhängigkeit vom Staat. Die administrative Entsprechung wird immer ausgeprägter. Jeder Beschluss der Mitgliederversammlung muss vom Bezirkssowjet bestätigt werden. Staatliche Behörden unterbreiten der LPG jeweils «Empfehlungen», die zwar nicht in der Form, wohl aber im Wesen absolut verbindlich sind. Diese organisatorische Unterordnung ist vor zwei Wochen durch einen Chruschtschew «vorgeschlagenen» Beschluss vom Parteikomitee und vom Ministerrat (22. März) verstärkt worden: Eine territoriale Produktionsverwaltung mit praktisch allumfassenden Planungs-, Administrations- und Inspektionsbefugnissen ist neu eingeführt worden. Sie umfasst auf unterster Stufe vielleicht zwanzig bis achtzig Kollektive, und zwar bezeichnenderweise sowohl Kolchosen als auch Sowchosen, die damit wieder etwas deutlicher gleichgeschaltet werden. Auf höheren Ebenen von Gebiet, Kreis und Republik gibt es dementsprechend übergeordnete Verwaltungsstellen und Komitees, und an der Spitze der Pyramide steht das Unionskomitee für Landwirtschaft unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Ministerrates. Auf der zweithöchsten Ebene leitet jeweils der Erste Parteisekretär der betreffenden Republik das neue Komitee. Die Aufzählung aller Kompetenzen dieser vielfach gegliederten Organisation nimmt einen breiten Raum ein («Prawda» vom 24. März). Zweck der Neuorganisation ist es, einen bürokratischen Einheitsapparat mit durchlaufendem Dienstweg vom Kolchos bis zur Moskauer Oberleitung zu schaffen, und zwar für das gesamte sowjetische Agrarwesen, betreffe es nun die Sowchosen oder die «selbständigen» Kolchosen.

Mit dieser Massnahme stellt sich Chruschtschew übrigens in klarem Gegensatz zu der vom ZK-Plenum im März 1956 beschlossenen Dezentralisierung. Das seinerzeit verabschiedete Dekret sah vor, die Planungsverantwortung den Kolchosmitgliedern und ihren Verwaltungsstellen zu übertragen.

Die jetzige Reorganisation wird eine neue Regelung des Beschaffungssystems (staatlicher Ankauf) mit sich bringen, ferner ein organisiertes Kontrollsystem durch

---

In Rumänien ist die Kollektivierung der Landwirtschaft praktisch abgeschlossen. Nach den kollektivierten Regionen wurden zuletzt die Regionen Crisana, Jassy und Bacau abgeschlossen. In der Region Crisana bearbeiten gegenwärtig 167 140 Bauernfamilien in 480 Kollektivwirtschaften organisiert, gemeinsam 440 706 Hektaren Boden.

In der Region Jassy sind gegenwärtig in den 490 Kollektivwirtschaften 234 159 Bauernfamilien mit 625 501 Hektaren Boden vereint.

In der Region Bacau vereinigten sich 184 123 Familien zu 302 Kollektivwirtschaften mit einer Fläche von 392 602 Hektaren.

Inspektoren. Parteiorganisationen wie die Jugendbewegung Komsomol erhalten ihren festen Platz in den neuen Behörden, wo nun ein genauer Verantwortungsweg von unten nach oben das bisher teilweise bestehende Nebeneinander ablöst.

Wirtschaftlich sind die Kolchosen ohnehin vom Staat abhängig, nicht nur durch die «Beschaffung», sondern auch durch das Kreditwesen. Die Staatsbank sperrt alle Anleihen an Kollektive, die nicht plangemäss wirtschaften. Der «unteilbare Kolchosfonds», aus dem die Mittel für Investitionen und Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen bestritten werden, gehört praktisch dem Staat. Ihm fällt der ganze von den Mitgliedern finanzierte Fonds im Falle der Auflösung der Genossenschaft zu. Die LPG hat überhaupt keine Reserven, über die sie frei verfügen könnte. Bei einer Krise bleibt ihr nichts anderes übrig, als sich dem Staat gegenüber noch stärker zu verschulden, oder sich in einen Sowchos umwandeln zu lassen.

Des Bauern Lohn

Wie weit wird der einzelne Bauer von dieser Entwicklung betroffen? Eigentlich sollte er von seinem Anteil am genossenschaftlichen Profit leben. Die Verteilung des Reingewinnes nach dem Schlüssel der Tagwerke spielt denn auch heute noch ihre Rolle. Aber sogar bei diesem Prinzip kann man den Uebergang zum Arbeiter-Monatslohn beobachten: Das Mitglied erhält jeden Monat eine bestimmte Geldsumme als Vorschuss, und am Ende des Wirtschaftsjahres kommt es zur endgültigen Verrechnung. Die Gleichförmigkeit der Auszahlung wird durch Staatsbankkredite gewährleistet. Die moderne Bestrebung des Regimes aber geht anstelle des Produktionsprofits auf feste Geldentlöhnung: Fixes Gehalt plus Zulage im Falle der Planüberfüllung. Das ist, wie gesagt, die gewollte Tendenz. In der Praxis zeichnen sich immer wieder rückläufige Bewegungen ab. Etliche Kolchosen sind auf die ältere Form der Gewinnbeteiligung am Verkauf der Erträgnisse zurückgekommen, einfach aus dem Grunde, weil der Bauer daran mehr interessiert ist und sich das in der Planerfüllung für das ganze Kollektiv auswirkt.

Die Höhe des Lohnes ist je nach Landesgegend schwankend. Die Bezahlung für ein Tagwerk kann von einem halben Rubel (Kaufkraft ein Franken) bis zu eineinhalb Rubel und mehr schwanken. Wo der Lohn aber auf Grund des Gewinnanteiles berechnet wird und der Bauer noch Direktbezüger ist, kann der Tag bis zu dreieinhalb Rubel einbringen. Es sei zu vergleichszwecken daran erinnert, dass der Minimallohn für die Arbeiter auf 45 Rubel festgesetzt ist (dazu sind noch die Sozialleistungen zu rechnen).

Das wirkliche Einkommen des Bauern aber hängt (siehe KB Nr. 12) von seiner Nebenwirtschaft ab, die er privat bearbeitet. Sie ist dem Regime ein Dorn im Auge, muss aber widerwillig noch toleriert werden, wenn es nicht zu einer ernsten Versorgungskrise kommen soll.

Die Nebenwirtschaft dürfte auch den Ausgleich zwischen dem Einkommen des Kolchosbauern und des Sowchosarbeiters schaffen, der in der Regel einen erheblich höheren Geldbetrag als Lohn bekommt. Selbstverständlich ist gerade im Sowchos mit seinen spezialisierten Arbeitsbrigaden der Lohn auch von der Arbeitsart abhängig. Ein Traktorführer oder ein Mechaniker für landwirtschaftliche Geräte verdient mehr als ein Viehhirt. Als Faustregel gilt vielleicht, dass der Sowchosarbeiter (auch er hat wenigstens einen Gemüsegarten als Restbestand der Nebenwirtschaft) annähernd auf den gleichen Reallohn kommt wie ein Industriearbeiter. Der Kolchosbauer kann materiell beträchtlich schlechter oder auch beträchtlich besser stehen, je nach seiner Möglichkeit, neben der Arbeit für das Kollektiv auf eigene Faust zu wirtschaften.

Kolchos und Sowchos

Von höchstem Interesse zur Beurteilung des ganzen Landwirtschaftssystems wäre ein Vergleich der Wirtschaftlichkeit von LPG und Staatsgut. Sichere Angaben fehlen diesbezüglich, doch lässt sich als generelles Merkmal feststellen: Bei gleichen Bodenverhältissen produziert der Sowchos pro Flächeneinheit mehr, kostet aber auch pro Erzeugungseinheit mehr. Auf einer Hektare liefert er beispielsweise mehr Weizen als die Produktionsgenossenschaft, aber ein Kilo Weizen kommt ihm teurer zu stehen. Seine Produktion ist grösser, seine Arbeitsproduktivität kleiner.

Das rührt daher, dass der Sowchos vom Staat einrichtungsmässig bevorzugt wird. Das Staatsgut erhält bessere und teurere Maschinen, ist mit kostspieligen Anlagen ausgerüstet usw. Unter diesen Umständen kann er seinen Ertrag steigern, wird aber auch stärker defizitär. Dazu kommt, dass der festbesoldete Landarbeiter auch wenig Interesse am Profit seines Unternehmens hat. Auch wird ein rein staatliches Unternehmen einen grösseren bürokratischen Apparat aufweisen als ein halbstaatliches. So ist der Sowchos wirtschaftlich unrentabel, trägt aber seiner Bevorzugung wegen zur Versorgung des Landes relativ viel bei.

Partei

Ungarn

Opposition gegen Kadar

Die neue Personalpolitik des ungarischen Parteichefs Janos Kadar hat bei der Mitgliedschaft der KP Ungarns zu verbreiteter Opposition geführt. Sie richtet sich gegen die Berufung nichtkommunistischer Fachleute auf wichtige Posten, was seit einiger Zeit mit uneingeschränkter Billigung Kadars geschieht. Radio Budapest enthüllte diese Entwicklung erstmals in dieser Woche.

Die ungarischen Zeitungen setzen sich nachdrücklich für die neue Personalpolitik Kadars mit dem Slogan ein: «Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.» Radio Budapest stellte diese Frage darauf zur Debatte und erhielt etwa einhundert Hörerbriefe, die überwiegend von Kommunisten stammten, die gegen die neue Parteilinie opponieren. Wörtlich hiess es in der Sendung:

«Nahezu alle hundert Briefe lassen erkennen, dass ihre Schreiber sich Sorgen um die Partei machen, um die Volksdemokratie und um die Erfolge des Sozialismus.» Viele der Höhrerbriefschreiber seien dafür eingetreten, leitende Stellungen nur mit Parteimitgliedern zu besetzen.

Radio Budapest sprach sich indessen sehr betont für die neue Personalpolitik aus und bediente sich dabei des reichlich ungewöhnlichen Arguments, dass die Diktatur des Proletariats keineswegs den Auschluss von Nichtkommunisten von der Ausübung der Macht bedeute.

In der Sendung wurden ferner einige der Einwendungen zitiert, die von Parteimitgliedern gegen die Politik «der Gleichberechtigung aller» geltend gemacht worden waren:

«Nur Kommunisten sind für die Besetzung leitender Stellungen geeignet, da es sich nicht nur um die Posten von Betriebsleitern handelt, sondern auch um die von Abteilungs- und Gruppenleitern, ja sogar um die Besetzung von Vertrauensstellungen. Man kann aus Kalk keinen Käse machen. Dem Klassenfeind darf es nicht erlaubt werden, in unsere Reihen einzudringen. Wir sollten ihnen nur solche Stellungen geben, die wir überwachen können.»

«Es ist glatter Selbstbetrug, wenn jemand behauptet, dass praktisch das ganze Volk nur aus Anhängern des sozialistischen Aufbaus besteht. Obwohl der Feind es heute nicht wagt, seiner Meinung Ausdruck zu geben, so können wir doch nicht darüber hinwegsehen, dass viele unserer Feinde, sobald sie sich in leitenden Stellungen befinden, gefährlicher werden können als wir denken.»

Radio Budapest knüpfte an die Verlesung dieser und anderer Zitate die Frage: «Kann es möglich sein, dass viele Tausende von Parteimitgliedern (Ungarns KP zählt etwa 400 000) so denken? Und wenn es wirklich Zehntausende gäbe, die so denken — können sie vielleicht recht haben? Weiter hiess es dann: Die Antwort kann nur «Nein» lauten. Denn ihre Furcht ist identisch mit Eifersucht und ihre Wachsamkeit ist nichts weiter als ein ungesunder Verdacht.»

Handel

China/UdSSR

Weiter rückläufig

Aus einer Erklärung des polnischen Aussenhandelsministers Witold Trampczynski, die er in dieser Woche abgab, scheint hervorzugehen, dass Rot-China innerhalb von drei Jahren auf die vierte Stelle oder sogar noch darunter abgerutscht ist.

Laut Tass erklärte der Minister, Polen werde in diesem Jahr der drittgrösste Handelspartner der Sowjetunion werden, und dass der gesamte Güteraustausch den Betrag von einer Milliarde Rubel überschreiten werde.

Bis 1960 stand Rot-China an der Spitze der sowjetischen Aussenhandelsliste. Noch im gleichen Jahr wurde Peking jedoch von der Sowjetzone verdrängt und fiel auf den zweiten Platz zurück, gefolgt von der Tschechoslowakei und Polen.

Im vergangenen Jahr erhöhte sich der Handel zwischen der Tschechoslowakei und der UdSSR auf rund 1,5 Milliarden Rubel und soll im laufenden Jahr sogar 1,7 Milliarden erreichen. Die Sowjetzone, deren Handel mit der Sowjetunion im letzten Jahr etwa um zwei Milliarden Rubel ausmachte, wird ihren ersten Platz auch in diesem Jahr mit einem Handelsvolumen von etwa 2,24 Milliarden Rubel halten können.

Damit dürfte die neue Reihenfolge so aussehen: 1. Sowjetzone, 2. Tschechoslowakei, 3. Polen, 4. (oder noch darunter) Rot-China.